

Abonnements:

Monatlich 85 Pfennig einschließlich
Trägerlohn; durch die Post bezogen
bei Selbstabholung vierteljährlich
Mark 2.55, monatlich 85 Pfennig.
Erscheint an allen Wochentagen
nachmittags.

Telegramm-Adresse:

"Volksstimme, Frankfurt/Main".

Telephon-Anschluß:

Unt. Hansa 7435, 7436, 7437.

Volksstimme

Inserate:

Die Gespalt-Reizung kostet 15 Pf.,
bei Wiederholung Rabatt nach Tarif.
Inserate für die tägliche Nummer
müssen bis abends 8 Uhr in der Ex-
pedition Wiesbaden aufgegeben
sein. Schluß der Inseratenannahme
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.

Postcheckkonto 523.

Union-Druckerei u. Verlagsanstalt,
G. m. b. H., Frankfurt a. M.
(nicht "Volksstimme" adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Gittirsch, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden

Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Wehrhäger 49, Telephon 1026 — Expedition: Bleichstr. 9, Telephon 3715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Raler.—
Verlag und Druck: Union-Druckerei und Verlags-
anstalt, G. m. b. H., sämtlich in Frankfurt am Main

Nummer 143

Mittwoch den 21. Juni 1916

27. Jahrgang

Die Erwürgung Griechenlands.

Russenvorstoß und Gegenstoß. — Immelmans Tod.

Strömungen in Unternehmerkreisen.

Von August Winnig.

Man hielt es zeitweilig für notwendig, die Gewerkschaften vor einer allzutrohen Vertrauensseligkeit zu der künftigen Haltung der Unternehmerverbände zu warnen. Was man in den ersten Kriegsmontaten an anerkennenden Worten aus Unternehmermunde gehört habe, sei vorübergehenden Gefühlsregungen entsprungen und für das künftige Verhältnis sehr belanglos; auch in Zukunft sei dies Verhältnis eine bloße Machtfrage. Solche Warnungen rannen ohne Türen ein; denn was sie enthielten, waren platte Selbstverständlichkeiten, die zu betonen man in den Gewerkschaften zu keiner Zeit müde wurde. Man wird in der Tat vergeblich nach Äußerungen irgend welcher Hoffnungslosigkeit suchen, viel eher kann man eine geradezu geflüsterte Hervorhebung der Ansicht feststellen, daß in diesem Falle selbstverständlich alles beim Alten bleiben werde.

Es kommt heute nicht so sehr darauf an, ob diese Ansicht später wirklich recht behalten wird, sondern die Hauptsache ist, daß sich die organisierte Arbeiterschaft auch für die Zukunft auf nichts anderes verläßt als auf ihre eigene Kraft und dementsprechend darauf sieht, diese ihre Kraft beieinander zu halten.

Das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit ist allerdings eine Machtfrage: Wenn die Gewerkschaften nach einem Menschenalter voller Kämpfe noch an dieser Wahrheit zweifeln, so läßt es traurig um sie aus. Man muß sogar mit der Möglichkeit rechnen, daß auch in Zukunft die Verhältnisse nicht aufhören werden, die Gesetzmäßigkeit gegen die Gewerkschaften auszubilden, wenigstens lassen sehr beachtliche Äußerungen aus führenden Unternehmerkreisen nicht daran zweifeln, daß dort auch heute noch solche Gedanken genährt werden. Es sei hier nur an die Generalversammlung der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände erinnert, wo der Präsident dieser großen Organisation die Tatsache besprach, daß in England im Jahre 1915 rund dreieinhalbhunderttausend Arbeiter zum Mittel des Streiks griffen, während Deutschland von größeren Arbeitsseinstellungen verschont blieb, woraus er folgerte, daß die hierzulande beobachtete Achtungspolitik gegenüber der Arbeiterbewegung doch empfehlenswerter sei als die englische Praxis des Entgegenkommens. Diese Schlussfolgerung des Unternehmerrates ist freilich ein schauriger Unfuss, aber als Stimmungssymptom bleibt sie doch immerhin beachtlich.

Man kann ähnliche Symptome aus mancher ähnlichen Äußerung entnehmen, die uns aus Unternehmerkreisen erreicht hat. Auch die "Deutsche Arbeiter-Zeitung" hat in der Beileitung, die sie der letzten beschlossenen Forderung des Vereinsgesetzes widmete, Töne vernommen lassen, die nicht gerade noch Neuorientierung klangen. Kürzlich allerdings meinte sie wieder:

"Wer tiefer mit den Dingen vertraut ist, weiß überdies, in welchem Umfange die Arbeiterschaft bereits der veränderten Haltung mancher Gewerkschaften und mancher Führer dieser Organisationen Rechnung getragen hat. Aber Männer der Tat reden nicht viel —"

Anscheinend hat die "Arbeitgeber-Zeitung" hier die Unterstellungen im Auge, die manche Unternehmer den Familien ihrer eingezogenen Arbeiter gewähren. Solche Fürsorge ist selbstverständlich sehr anerkennenswert, und wenn die dafür aufgewendeten Summen auch immer nur Rückstellungen aus dem von den Arbeitern geschaffenen Mehrwert sind, so bleiben sie doch bei alledem freiwillige Leistungen. Die dem persönlichen Charakter der betreffenden Unternehmer ein gutes Zeugnis ausstellen. Aber diese Maßnahmen treffen den Kern der Sache natürlich nicht. Man weiß, daß nicht selten der gleiche Betrieb, der jährlich Zehntausende oder Hunderttausende für Wohlfahrtsleistungen aufwendet, zu den schärfsten Kampfmaßnahmen greift, um nur die Organisation nicht aufkommen zu lassen oder eine Lohnforderung von wenigen Pfennigen niederzuschlagen. Was man von einer Neuorientierung der Unternehmerorganisationen erwarten mußte, sind nicht Wohlfahrtsleistungen, die dem Arbeiter wohl als Verlon, nie aber als Masse nützen können, sondern ist die grundsätzliche Bereitschaft, mit den Gewerkschaften als den rechtmäßigen Vertretern der Arbeiterschaft das Arbeitsverhältnis in modernem Sinne zu regeln und zu erhalten und sie als gleichberechtigten Teil für alle Fragen des Arbeitsrechts anzuerkennen. Nur das kann nämlich der Inhalt einer Neuorientierung der Unternehmerverbände sein.

Kein Zweifel, daß man davon noch weit entfernt ist. Wer, wie die "Deutsche Arbeiter-Zeitung", tiefer mit den Dingen vertraut ist, weiß, daß in dieser Hinsicht heute noch vieles im Fluss ist. Der äußere Schein trägt auch hier; auch wir halten allzu leicht hervorhebende Äußerungen aus dem

Munde eines bekannten Wortführers der Unternehmer für viel maßgeblicher, als sie in Wahrheit sind. In den Unternehmerorganisationen spielen sich zurzeit Kämpfe zwischen den einzelnen Strömungen ab, die eine entfernte Ähnlichkeit mit den Kämpfen in unsern eigenen Reihen haben. Auch im Unternehmerlager verlangt ein Flügel nach einer taktischen Neuorientierung, während ein anderer von der alten Praxis der Niederhaltung der Gewerkschaften nicht ablassen will. Auf der Generalversammlung einer Unternehmerorganisation eines sehr großen und wichtigen Industriezweiges kamen kürzlich die Gegensätze ziemlich deutlich zum Vorschein; beide Auffassungen fanden ihre Vertreter, ohne daß man einen Entschluss fasste. Die Einzelheiten dieser Vorgänge entziehen sich heute noch der öffentlichen Kenntnis, sie sind jedoch für die gegenwärtigen Strömungen in den Unternehmerverbänden sehr charakteristisch. Der Streit geht hier nur darum, ob man die Gewerkschaften weiter grundsätzlich ächtet, oder ob man mit ihnen zusammen die Regelung wichtiger gewerblicher Fragen vornehmen soll.

Auch hier dürfen uns die Zufälligkeiten des Streites nicht über seine wirklichen Ursachen täuschen. Es handelt sich hier allgemein um Vorgänge, die nur sehr äußerlich mit den Stimmungen der Kriegszeit zusammenhängen. In Wahrheit bewahrt es sich auch hier, daß das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit vor allem eine Machtfrage ist. Bei einer gewissen Höhe der gewerkschaftlichen Machtentfaltung ist die gewerbliche Ordnung eben um keinen anderen Preis mehr zu haben als um den einer grundsätzlichen Verständigungsbereitschaft. Diese Bereitschaft mag äußerlich als das Ergebnis eines bloßen Stimmungswechsels erscheinen, in Wirklichkeit ist sie der Ausdruck eines veränderten Machtverhältnisses, der früher durch das auch im sozialen Leben geltende Beherrschungsgesetz aufrechterhalten wurde und nun durch einen äußerlichen Anstoß herbeigeführt ist.

Auch im Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden liegen die Dinge nicht still, sondern haben ihre eigenen Entwicklungsgesetze. Ist ein Gewerbe erst einmal dazu gekommen, daß das Arbeitsverhältnis durch die beiderseitigen Organisationen gestaltet und getragen wird, so treten die Tendenzen des gegenseitigen Niederkämpfens von selbst zurück, es fehlt ihnen auf der einen Seite die Aussicht, ihr Ziel zu erreichen, da man beiderseits zu stark dazu gezwungen ist, und andererseits ist das Interesse an der Aufrechterhaltung der gewerblichen Ordnung durch das gemeinsam anerkannte und gestützte Arbeitsverhältnis so groß, daß man sich mit dem Vorhandensein einer starken Organisation der Gegenseite als mit einer Selbstverständlichkeit abfindet. Tatsächlich ist denn auch das Bestehen von Organisationen mit entwickelter Disziplin auf beiden Seiten die Voraussetzung jedes Tarifvertrages. Das ist eine Erkenntnis, die sich in demselben Maße durchsetzt, wie das Prinzip der Organisation in das gewerbliche Leben eindringt.

So erklären sich die widersprechenden Strömungen im Unternehmertum: während der eine Flügel noch glaubt, der Gewerkschaftsmacht troken zu können und infolgedessen an der alten Niederhaltungstaktik festhalten will, hat der andere Flügel dieser Macht der organisierten Arbeit Raum geben müssen oder fühlt sich doch so von ihr bedrückt, daß er sich zu einem Frontwechsel genötigt sieht: er verlangt darum nach einer taktischen Neuorientierung. In beiden Fällen ist die Stärke der Arbeiterorganisationen der ausschlaggebende Umstand. Daraus ergibt sich, wie die Arbeiterschaft den Streik der Strömungen im Unternehmertum zu ihren Gunsten beeinflussen kann.

Der gestrige Tagesbericht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage enthalten.)

Großes Hauptquartier, 20. Juni. (M. V. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist im allgemeinen unverändert.

Deutsche Patrouillenunternehmungen bei Beudryennes und Niederbach waren erfolgreich.

Unsere Flieger belegten die militärischen Anlagen von Bergen bei Dünkirchen und Souilly (westlich von Verdun) ausgiebig mit Bomben.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

Vorstoße deutscher Abteilungen aus der Front südlich von Smorgon bis über Gory hinaus und bei Danowyn brachten an Gefangenen 1 Offizier, 143 Mann, an Beute 4 Maschinengewehre und 4 Minenwerfer ein.

Ein russischer Doppeldecker wurde westlich von Rodon (südlich des Narocz-Sees) zur Landung gezwungen und durch Artilleriefeuer zerstört.

Auf die Bahnanlagen von Wilejka wurden Bomben abgeworfen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Die Fliegerangriffe auf die Eisenbahnstrecke Ljachowitschi-Luninice wurden wiederholt.

Heeresgruppe des Generals von Linz.

Starke russische Angriffe gegen die Kanalkstellung südwestlich von Logoschin brachten unter schweren Verlusten im Sperrfeuer zusammen.

Die fortgesetzten Bemühungen des Feindes gegen die Stralsund bei und westlich von Koll blieben im allgemeinen ohne Erfolg. Bei Gruziazyn ist der Kampf besonders heftig.

Zwischen der Straße Kowel-Lud und der Turja brachen unsere Truppen an mehreren Stellen den zähen, bei Kiflin besonders hartnäckigen russischen Widerstand und drangen kampfend weiter vor. Südlich der Turja wurden feindliche Angriffe abgeschlagen. Die Russen haben ihre Vorstöße in Richtung auf Wodschow nicht fortgesetzt.

Die Lage bei der

Armee des Generals Grafen von Bothmer

ist unverändert.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Feindliche Bombenwürfe auf Ortschaften hinter unserer Front richteten keinen Schaden an.

Oberste Heeresleitung.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 20. Juni. (M. V. Amtlich.) Amtlich wird verlautbart: 20. Juni 1916.

Russischer Kriegsschauplatz.

In der Bukowina hat der Feind unter Kämpfen mit unseren Nachhuttruppen den Sereth überschritten. Zwischen Pruth und Dnjestr, an der Strupa und im Gebiet von Rodzivilow verlief der Tag verhältnismäßig ruhig. In den erfolglosen Abwehrkämpfen südlich und nordöstlich von Bolach in Polhynien brachten unsere Truppen bis jetzt 1300 Gefangene, ein russisches Geschütz und 3 Maschinengewehre ein.

Im Raume von Kiflin schritten die Angriffe der Verbündeten in zähen Ringen vorwärts.

Zwischen Sokul und Koll haben wir neuerlich starke feindliche Angriffe abgeschlagen. Bei Gruziazyn, wo es der Feind unter Aufgebot starker Kräfte zum vierten Male versucht, in die Linien der tapferen Verteidiger einzudringen, wird erbittert gekämpft.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Kampfteilnahme an der Piavonfront und in den Dolomiten laut auf das gezielte Wachen zurück. Feindliche Vorstöße der Italiener gegen einzelne Frontstellen zwischen Brenta und Alpi wurden abgewiesen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Bei Serran an der unteren Soinia Geplänkel.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Russenandrang und Rückstoß.

Alle Berichte lassen erkennen, daß der Andrang der russischen Massen von den Privatfronten bis südlich des Pruth noch andauert, die verbündeten Truppen müssen ihre ganze Kraft einsetzen, um des Drudes Herr zu werden und ihn schließlich rückwärts zu wenden. Es ist schon so, wie General Brusilow dem Kriegsberichterstatter der "Times" es dargestellt hat: die russische Kriegsführung hat gelernt, bessere Methoden anzuwenden, der Rat und die Hilfe französischer Offiziere kam ihr zugute, dazu das in langen Monaten herangeschaffte Kriegsmaterial aus England, Frankreich und besonders das zum kleineren Teil aus Amerika und in der Hauptsache aus Japan bezogene Munition nebst der Vermehrung der Artillerie. Auf ganz breiter Front wurden die ungeheuren Massenbeere gleichzeitig angelegt. Der Feind konnte seine Truppen unmöglich von einem Kampfabschnitt nach dem anderen werfen, da unsere Angriffe an allen Punkten den

gleichen Druck ausüben.“ So war es möglich, an einigen Stellen die Front einzudrücken, vorübergehend sie sogar zu zerreißen. Dann aber begann die Gegenwirkung. Die Russen konnten nicht im Ru ihre ganze Artillerie nachziehen und, das Wichtigere, die Verbündeten vermochten an die Stellen der größten Gefahr herbeizurufen zu werfen. Der Russenbormarsch geriet ins Stocken, wie und da mühte er sich der Gegenangriffe zu wehren. Der russische Bericht vom 19. Juni über die Vorgänge vom 18. verzeichnet, auf der Straße Luch hätten die Oesterreicher einen Abschnitt der russischen Gefechtsfront eingedrückt und drei Gefechtsabteilungen abgenommen. Der Bericht fährt fort: „Verbeugene Verstärkungen warfen den Feind über den Haufen, nahmen ihm ein Geschütz ab und brachten 300 Soldaten nebst zwei Maschinengewehren ein.“ auch wird weiter erzählt von fünf Stellen, wo Gefangene gemacht worden seien: 100, 1000, 1800, 1500 und 400; das ergäbe mit den erlittenen 300 zusammen 5100 Mann. „Schließlich heißt es jedoch: „Die Gesamtsumme der im Laufe des 18. Juni gemachten Gefangenen liegt auf ungefähr 3000 Mann.“ So erhält man eine seltsame Additionssumme. Es war Brüssel nachgefragt worden, er summierte die Einzelposten stark nach oben; offenbar hat er zeigen wollen, daß er die Sache auch anders machen kann. Jedenfalls stimmt seine Rechnung nicht, und wenn der Bericht übermalt vom Marsch auf Lemberg spricht, so sind das reichliche Vorbeeren auf Vorschub. Czernowit ist noch lange nicht Lemberg; in Czernowit hat man den Annonendonner immerfort gehört, es lag ja ganz in Frontnähe.

Der Gegenstoß ist besonders wirksam geworden südlich von Borozyn; trotz des hartnäckigen Widerstandes der russischen Eisenbahndivisionen wurde dort von deutschen Regimentern das Bortwiel Leonowka und die Höhe 229 gestürmt, das Dorf Kiselin genommen und die Russen nach dieser Durchbrechung ihrer in den Linien stark ausgebauten Stellung in rückläufige Bewegung gebracht. Vorläufig wurden an dieser Stelle allein 600 Gefangene, 6 Offiziere gezählt. Die Operationen gehen weiter. Auch nördlich der Duna und der Dwa kämpften unsere Truppen erfolgreich und machten bereits 1800 Gefangene. Der rechte Flügel der Armee zerschlugen in der Bukowina ist jedoch über den Sereth zurückgegangen, den russische Kavallerie unter fortgesetzten Nachhutgefechten 15 Kilometer südwestlich Czernowit an mehreren Stellen überdrückt. Der Sereth ist vom Pruth aus der erste Fluß in der Bukowina; in dieser Richtung bewegte sich auch früher der Russenbormarsch, der in den Gebirgspässen endig zugrunde ging, vorwärts. Damals hatten die Russen den vergeblichen Versuch gemacht, durch die Bukowina den Karpathenstreitern in den Rücken zu kommen.

Ob nun auch auf der Nordfront, wo die ganz erfolgreiche Offensive im März den Russen 100 000 Mann gekostet hat, ein neuer Ansturm bevorsteht? Einer Meldung des „Verl. Lokals.“ zufolge erklärte der von der russischen Front nach Tokio zurückgekehrte japanische Oberstleutnant Sakule einem Redakteur der „Maga“, Rußland habe fast 4 Millionen Mann neuer Truppen an die Front von Naga bis zur rumänischen Grenze verlegt. Eine russische Offensive zur Wiederbefreiung Aurlands sei unaussprechlich. Im Gegensatz dazu sagt der Petersburger Korrespondent des „Corriere della Sera“, der russische Generalstab gebe unversehens zu, sein Hauptplan bestehe in einer konzentrischen Offensive zur Wiedereroberung der galizischen Hauptstadt Lemberg. Die widersprechenden Nachrichten werden wohl mit Absicht ausgeteilt, um die Deutschen und Oesterreicher irre zu führen. Alle Möglichkeiten müssen ins Auge gefaßt werden.

Stockholm, 21. Juni. („Voss. Stg.“) Das russische Amtsblatt veröffentlicht die Verleihung des Großkreuzes des Annenordens an Generalleutnant Njeswot; von der 17. Division. General Njeswot blieb bis zum Vorjahr Mesoth und war als Moskauer Polizeipräsident vor einiger Zeit vom Ordentlichen Gericht wegen Betrugs und anderem zum Verlust aller Rechte und vierjährigem Zuchthaus verurteilt worden.

Immelmann.

In Dresden ist die Nachricht eingetroffen, daß der bekannte Flieger Oberleutnant Immelmann vor einigen Tagen abgepflegt und gestorben ist.

Seuileton.

Der Türke im Hause.

(Von Regierungsrat P. R. Krause.)

Die Wohnungsverhältnisse sind bei den Türken, selbst in den weitläufigsten Konak Stambul, wenn man sich nicht etwa „à la franks“ eingerichtet hat, wobei leider häufig die gewählte Geschmacksrichtung manches zu wünschen übrigläßt, äußerst schlichte und nach unseren Begriffen ungemütliche. Das Bauernhaus im Innern ist manchmal ganz gut gebaut, entbehrt aber ebenfalls jeder Art von Möbeln und jeden Komfort. Die Fenster sind ausnahmslos mit Gittern (kafes) versehen. In der „guten Stube“, dem müssafir-odassi, läuft an drei Seiten ein niedriger Divan die Wände entlang, dessen Stroh- oder Wollkissen mit Kattunüberzügen oder Teppichen bedeckt sind. Wenn abends die Dorfbevölkerung zusammenkommen oder gar Durchreisende im Dorfe sind, vereinigt sich hier nach der Mahlzeit und dem Abendgebet die männliche Einwohnerschaft und man diskutiert die Ereignisse des Tages, im allgemeinen Landwirtschaft, Ernteausichten und Politik. Oft wird dann noch vom Sohn des Hauses ein kleiner Abendbisch aufgetragen, etwa eine Schale Milch oder Joghurt und einige Schnittchen Brot. Das wird auf eine große Weisungsplatte, auf der auch einige hölzerne Teller liegen, niedergelegt, die in der Mitte des Raumes auf einem kleinen niedrigen Schemel ruht, und dann hockt sich jeder, der Lust hat teilzunehmen, um die Platte herum, nimmt einen der hölzernen Teller und eine Schnittchen Brot zur Hand und löffelt mit den übrigen zusammen aus der Schale, bis er genug hat. Bei größeren Mahlzeiten ist es dasselbe. Ein Gang nach dem anderen wird aufgetragen, Messer und Gabel

Immelmann war in Dresden im Jahre 1890 geboren. Im schlesischen Adelcorps erhielt er seine Ausbildung und trat nach Ablegung des Abiturientenexamens in das Eisenbahnregiment Nr. 1 in Berlin ein; doch blieb er nur kurze Zeit beim aktiven Dienst. Von der Kriegsschule aus ging er zur Artillerie über und widmete sich technischen Studien. Auf den Hochschulen in Dresden und Danzig studierte er Maschinenbau. Bei Ausbruch des Krieges meldete er sich zu seinem alten Regiment, das ihn Mitte August als Leutnant einstellte. Im November 1914 wurde er zu der Fliegertruppe versetzt, wo er sich bald durch seine Leistungen auszeichnete. Am 9. Februar 1915 bestand er die Pilotenprüfung und bereits zwei Tage darauf die Feldpilotenprüfung. Kurze Zeit später wurde er ins Feld geschickt. Er gehörte mit Hauptmann Sölde zu den erfolgreichsten Fliegern des deutschen Heeres und hatte sein großes Können und seine Unerschrockenheit in zahlreichen glücklich durchgeführten Luftkämpfen bewiesen. 15 feindliche Flugzeuge hat er vernichtet und war der Schrecken unserer Feinde. Als Beobachter und Abklärer von Välle wurde er in französischen und englischen Zellungen bezeichnet. Weder die feindlichen Flugzeuge noch die Tücken der Luft und der Maschine schienen ihm etwas anhaben zu können. Jetzt ist er den Gefahren des Kampfflitzzeuges erlegen, das er selbst so virtuos handhabte.

Der englische Druck auf die Neutralen.

Bern, 20. Juni. (W. B.) Die „Neue Zürcher Zeitung“ befaßt sich über die Nichtinnehaltung eines Lieferungsverprechens der Entente. Die Verhältnisse, unter welchen die schweizerische Textilindustrie zu leiden habe, seien geradezu unerträglich geworden. Baumwolle, Baunwollzwirn und Garne kämen entweder so spärlich oder mit so großen Verzögerungen nach der Schweiz, daß trotz Bemühung der S. S. E. Monate vergehen, bis die Waren eintreffen, jedoch eine Menge von Arbeitern nur teilweise beschäftigt werden können und seit Monaten viele Maschinen stillstehen. Der Bundesrat wird aufgefordert, Schritte zu unternehmen, um die Verbandsstaaten daran zu erinnern, daß trotz der Erfüllung aller möglichen Formalitäten die Zufuhr große Störungen erleidet. Es sei die höchste Zeit, daß in der schweizerischen Verfolgung aus den Verbandsländern eine rasche Besserung eintrete. Die Schweiz, die im Interesse der Menschlichkeit alles tue, um den Verkehr mit Gefangenen und Verbundenen aller Nationen zu ermöglichen, erwarte als ein Zeichen der Anerkennung neben höflichen Worten nun auch einmal Taten in der Form eines Entgegenkommens der zuständigen Regierung.

Kopenhagen, 20. Juni. (W. B.) Das dänische Ministerium des Innern veröffentlicht eine Verordnung, nach welcher es bis auf weiteres verboten wird, daß hier vom Ausland eingeführte Waren, deren Weiterausfuhr gegen das erlassene Ausfuhrverbot oder gegen die abgegebenen Erklärungen verstoßen würde, für ausländische Rechnung aufgeführt und eingelagert oder auf andere Weise dem inländischen Verbrauch entzogen werden. (Die Spuren englischer Angst, daß Deutschland über Dänemark zuviel erhalten könnte! Red.)

Kopenhagen, 20. Juni. (W. B.) „Berlingske Tidende“ meldet aus Stockholm: Fünf schwedische Reedereien, nämlich Svenska Ostasiatiska Kompaniet, Svenska Amerika-Merits-Linie, Nedrekei Bolaget, Nordamerika Transatlantische und Nordstjärnen, deren Schiffe in Übersee verkehren, haben sich zusammengeschlossen. Sie erstreben ein Zusammenwirken mit der schwedischen Exportindustrie zur Förderung der schwedischen Ausfuhr. Die schwedische staatliche Industriekommission schlägt vor, daß der Staat die Kontrolle über die Versorgung mit Heimmaterial übernimmt, sobald sich die bisherigen Maßnahmen als ungenügend herausstellen. Er schlägt staatliche Rohstoffeinkäufe vor, unter anderem in Amerika 200 000 Tonnen noch im Sommer. (Das ist anscheinend ein Gegenzug gegen die Verlagerung von Schiffszöhlen durch England, wenn die Schiffe nicht englische Wünsche erfüllen. Red.)

Die Posträubereien der Entente.

In den noch längerer Pause wieder in Deutschland eingetroffenen amerikanischen Blättern findet sich eine auf dröhnendem Weg übermittelte Meldung der „Associated Press“ vom 11. April, die bisher hier nicht bekannt war und die auch heute noch von Interesse ist. Danach erklärt sich, wie die „N. J. am Mittag“ schreibt, die britische Zensur jetzt auch auf die Post der amerikanischen Postgesellschaft in Berlin. Ein großer Teil der ankommenden

amerikanischen Post, so wird in der Meldung gesagt, ist von England geöffnet worden; die Weiterbeförderung wurde oft um drei Monate verzögert. Mitglieder des Stabes der amerikanischen Postgesellschaft haben sich darüber beklagt, daß ihre Briefe geöffnet würden. Einer der Sekretäre der amerikanischen Postgesellschaft in Berlin ist aufgeföhrt worden, den Betrag eines amerikanischen Scheds auszumachen, der von französischen Zensurbeamten aus einem Briefe entnommen wurde.

Es heißt, die amerikanischen Vertreter in London und Paris seien neulichs beauftragt, sehr energisch auf die Erledigung der amerikanischen Protestnote gegen die Posträubereien der Entente zu dringen. Sie sind neugierig, worin sich die amerikanische Energie zu zeigen, nachdem sogar amerikanische Staatsbeamte Opfer der Zensurmaßnahmen werden. Als amerikanische Bürger durch den deutschen Unterseebootskrieg bedroht erschienen, fand man in Amerika den Rat zum Ultimatum gegen Deutschland. Wie wird jetzt die Tat gegen die Entente aussehen?

Die irische Wunde.

Berlin, 20. Juni. Die der „Voss. Stg.“ aus London berichtet wird, ruht seit Freitag in Irland auf den Hauptstrecken der gesamte Eisenbahnverkehr, da neue Unruhen ausgebrochen sind und Anschläge gegen Eisenbahnen verübt wurden. Truppen, die mit der Eisenbahn von Belfast südwärts befördert werden sollten, kehrten nach kurzer Zeit zurück, da die Strecken unsicher waren, und wurden dann auf Dampfer verladen. Die irischen Säfen sind ebenfalls größtenteils geschlossen. Realistischer Verkehr mit Irland ist unterbrochen, in Belfast herrscht große Aufregung unter den Soldaten, wegen der Nachrichten von neuen Aufständen in mehreren Ortschaften. In Dublin wurde das Gefängnis von Ausländern durch List über-rumpelt. Die Gefangenen wurden befreit. Von englischer Seite werden überall Anstrengungen gemacht, die Zustände zu verschleiern.

Die „Times“ melden aus Dublin über neue Zusammenstöße: 2000 Männer und Jünglinge zogen am Sonntag durch die Straßen von Dublin und sammelten sich vor der Kirche, in der ein Trauergottesdienst für einige der hingerichteten Aufständigen abgehalten wurde, sie führten als Abzeichen republikanische Flaggen mit, brachten Schreie auf die irische Republik aus und versuchten die vorbeimarschierenden militärischen Posten aufzureizen. Die Polizei machte den Versuch, den Zug zu zerstreuen. Es folgte ein Kampf, bei dem es auf beiden Seiten Verwundete gab. Schließlich beschlagnahmte die Polizei einige Fahnen und nahm 6 Verhaftungen vor.

Die Würgertaktik gegen Griechenland.

Der Vierverband soll neue draconische Forderungen an Griechenland stellen und die Auflösung des Parlaments, Neuwahlen und die endgültige Festsichtigung der Minister Cumaris und Stulidis verlangen, außerdem noch die Besetzung aller griechischen Säfen zur Ermöglichung einer Kontrolle, sowie das Recht der Ausübung der Polizeigewalt und die Besetzung der Bahnen zu strategischen Zwecken. Heißt bloß das Verlangen, das Kommando über die griechischen Truppen solle Sarrail übertragen werden. „Secolo“ bringt die Forderung in anderer Fassung: Allgemeine Seereisenkassung, Räumung Mazedoniens von allen Truppen, Rücktritt des Ministeriums, Kammerauflösung und Einrichtung eines Geschäftsministeriums bis zu den Neuwahlen, sowie erste Garantien für die schnelle Ausführung dieser Maßregeln. Falls Griechenland das nicht annimmt, werde die Entente sehr strenge Maßnahmen ergreifen. Formell würden die Forderungen aber erst gestellt werden, wenn die Blockade genügend gewirkt habe. Jetzt schon werde die Lage in Athen immer kritischer. Die Handelskammer von Piräus erklärte, daß Athen und Piräus noch für 35 Tage mit Weizen und Mehl versehen seien. Nach anderen Quellen reiche der Vorrat jedoch nur für zehn Tage. Andere Provinzen sind in der gleichen Lage. Die Blockade wird mit größter Strenge geübt. Mehrere Schiffsahrtsgesellschaften beschloßen, ihre Schiffe abzurufen. Das griechische Volk steht vor der Hungersnot. In Athen dauern die feindlichen Volkskundgebungen vor den Gefandtschaften Frankreichs und Englands und in den Theatern fort.

türkischen Posthändler in die fremden Länder ihr eigenes Trinkwasser vom heimischen Strand mit und liehen sich regelmäßig durch besondere Boten in Säfen oder Krügen Nachschub schicken. In Bezug auf ihr eigenes gewohntes Trinkwasser werden vornehmliche Türken vor keinen Kosten zurück-schrecken und daran ohne Bedenken dieselben Ausgaben werden wie der europäischen Epistoler an seinen Weinkeller.

Die innere Einrichtung selbst des vornehmlichen Konaks in Stambul unterscheidet sich von der des einfachen Bürger- oder Bauernhauses nur durch die Zahl und Größe der Zimmer, die Zahl, Länge und Breite der um die Wände laufenden Divans und die Teppiche. Im übrigen dieselbe Schlichtheit — kein Bild an den Wänden, höchstens einige eingerahmte Koranverse, kein Mobiliar. Die Überbedung mit tausenderlei Schökelchen, deren Nutzen niemand jemals begriffen hat und die man bei uns zu einer vornehmen Einrichtung für unentbehrlich hält, fehlt vollständig. Höchstens steht ein niedriges rundes Tischchen mit Tischbechern und Rauchent-fischen in den Hofhöhlen der Divans. Besondere Schlafzimmer mit Bettstellen, Schränken, Kommoden und Waschtischen kennt man nicht. Alles das ist durch die umfangreichen Wand-schränke ersetzt, die in die Zwischenwände eingelassen sind. In ihnen ruhen Wäsche und Kleider, in ihnen verschwinden über Tag die Rissen, Decken und Matratzen, mit denen abends auf dem Fußboden die Betten aufgemacht werden. Die persönlichen Wäschungen nimmt man entweder in dem Bade vor, das in jedem vornehmen Hause vorhanden ist, oder in dem Abdes-Sane (Klosett), der das Nötige zu diesem Zwecke enthält. Gemütlich und behaglich in unserem Sinne ist ja das alles nicht, aber es ist einfacher und praktischer als bei uns, erlaubt eine Menge Arbeit und ist auch in einem gewissen Sinne reinlicher.

Was jedem Fremden, der viel und anhaltend in Volks-freien verkehrt hat, auffallen muß, das ist die große ver-schämte Würde und der vollendete Anstand, mit dem selbst der Mann aus dem Volke sich bewegt und die ihm zur zweiten Natur geworden ist. Man mag den etwas übertriebenen und manchmal an Servilität grenzenden orientalischen Höflich-keitsformen nicht immer Geschmack abgewinnen, aber der Anstand und die Höflichkeit, die sogar die unteren Klassen im Umgang miteinander beobachten, verdient Anerkennung und Bewunderung. Niemals wird man in der Unterhaltung un-

*) Wir entnehmen diese Ausführungen dem 400. Bändchen der bekannten Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt“ (Verlag G. Reimer, Leipzig). „Die Türkei“ (geb. 1 Mark, geb. 1.25 Mark) von Regierungsrat P. R. Krause, der 28 Jahre in der Türkei und von vielen 6 Jahre in türkischen Staatsdiensten zugebracht hat und daher in der Lage ist, auf Grund seiner aus eigener Anschauung gewonnenen Kenntnisse interessante Aufschlüsse über eine der wich-tigsten Zeitfragen zu geben.

Berlin, 21. Juni. Der hiesige griechische Gesandte hat eine Note an die neutralen Mächte gerichtet, in der er sie bittet, den Protest Griechenlands gegen die Vergrößerungen durch die Entente-Mächte zu unterstützen.

Bern, 20. Juni. (H. N. Nachrichten.) Der „Secolo“ meldet als Gerücht aus Salonik, daß französische Truppen zur Befreiung Salonik von dort abgefahren sein sollen.

Batockis Reden und Taten.

Der Präsident des Kriegsernährungsamtes v. Batocki hat in Düsseldorf Besprechungen mit den Provinzial- und Kommunalbehörden, ferner mit Vertretern des Handels und der Industrie, mit Konsumgenossenschaften und mit Vertretern der Presse Rheinlands und Westfalens. Diesen letzteren machte er ausführliche Mitteilungen über die Einrichtung eines Amtes und über seine Aufgaben und Ziele.

Danach soll die Verteilungstätigkeit der R. E. G. vollständig auf das Kriegsernährungsamt übertragen werden, während die R. E. G. für die Einfuhrfrage verantwortlich bleibt. Die Brotversorgung sei vollkommen gesichert. Die Anwartschaft an Kartoffeln werde durch die Zulasslieferung von Mehl ausgedrückt und den Industriebezirken im Westen und Osten werden andere Nährstoffe wie Reis, Graubohnen, Margarine, Speck usw. als Ersatz zugeführt werden. Die Verwaltung von Butter und Fett soll von einer Stelle aus geschehen, damit die Verteilung im ganzen Reich gleichmäßig gestaltet wird. Das Ausfuhrverbot in verschiedenen Bezirken anbelangend, liegen sich diese nicht alle beseitigen. Die Gemeinden, welche Zwangslieferungen zu leisten haben, müßten notwendigerweise auch Ausfuhrverbote erlassen können. Seine Tätigkeit ist gerichtet auf die Ausübung der Kriegsernährungsamt, die Fortsetzung der Vorräte und die Sicherstellung der Vorräte, um gegen Mißstände gesichert zu sein. Ferner sei es beabsichtigt, die vielen Kriegsgesellschaften in straffe Organisation zu einander zu bringen. Wegen des Kettenhandels würden schwere Strafbestimmungen erlassen werden.

Für die wichtigste Mitteilung darf diejenige gelten, daß das Kriegsernährungsamt die Verteilungstätigkeit der R. E. G. übernimmt und die zentrale Beschaffung von Butter und Fett für das ganze Reich gleichmäßig organisiert. Die Verbraucher müßten nur möglichst bald auch praktisch etwas davon merken!

Eine Rechtfertigung der Zentral-Einkaufsgesellschaft

Die Zentral-Einkaufsgesellschaft mit beschränkter Haftung in Berlin schreibt uns unterm 19. Juni: Sehr geehrte Redaktion! Schicken Sie uns, zu dem von einem Teil der deutschen Presse niedergelegten Schreiben des Freiherrn von Droisch folgende Feststellungen zu machen und Sie zu bitten, unsere Mitteilungen auch zur Kenntnis Ihres Leserkreises zu bringen.

1. Freiherr von Droisch versucht den Anschein zu erwecken, daß durch die Verweigerung einer Einfuhr-Erlaubnis für rumänische Brauerie an den Brauerie-Verband Schutzhelfer-Bogenhofer 1000 Baggons der besten Ware dem deutschen Import verloren gegangen seien. Diese Annahme ist unsinnig und irreführend.

Die ZEG hat mit der Rumänischen Staatlichen Einfuhr-Kommission, dem einzigen Organ, das über die Einfuhr aus Rumänien zu bestimmen hat, einen Vertrag geschlossen, durch den der ganze Brauerie-Verband der Ernte 1915 an unsere Gesellschaft verkauft worden ist. Die Abnahme dieser Ware und die Verladungen nahmen einen so günstigen Verlauf, daß das gefasste Quantum bereits zum größten Teil der Vertriebs-Verwertungs-Gesellschaft überwiesen werden konnte.

Gegen die Erteilung von Einfuhr-Erlaubnissen an einzelne Brauerie-Verbände sprechen folgende zwingenden Gründe: erstens würde der Brauerie-Verband in Rumänien keine Ausfuhr-Erlaubnis erhalten, zweitens würde durch die Betätigung einzelner Käufer nur eine unnötige Preissteigerung hervorgerufen werden. Dadurch würde auch die weitere Abwicklung der deutsch-rumänischen Export-Geschäfte vor neue Schwierigkeiten gestellt werden, da die von den Brauerie-Verbänden bewilligten Preise aus Gründen, deren Einzelheiten an dieser Stelle nicht erörtert werden können, erheblich höher sein würden, als die von uns bewilligten.

Zu welchen Konsequenzen die Zulassung des freien Handels beim Einfuhr rumänischer Cerealien führen würde, zeigt die Tatsache, daß der Magistrat einer der größten deutschen Städte vor kurzer Zeit um Erteilung einer Einfuhr-Erlaubnis für Ware erbat, deren Preise durchschnittlich 40 Prozent über den von uns gezahlten liegen.

Es ist auch nicht richtig, daß die ZEG. seinerzeit bereit gewesen wäre, dem Brauerie-Verband die Einfuhr-Erlaubnis zu gewähren. Soweit erinnerlich, ist seinerzeit nur darauf hingewiesen worden, daß zunächst die Einfuhr von Futtermitteln aus Rumänien zu fördern sei, und daß zu diesem Zweck sämtliche Transportmittel, die zur Verfügung ständen, Verwendung finden müßten. Sobald die wichtigsten Bedürfnisse befriedigt seien, solle auch der Einfuhr von Brauerie-Werkstoffen zugewendet werden. Dies ist, wie bereits erwähnt, inzwischen dadurch geschehen, daß der ganze für den Export verfügbare Leberkäse von uns erworben worden ist.

2. Es ist nicht wahr, daß wie Freiherr von Droisch behauptet, durch Verweigerung einer von ihm nachgesuchten Einfuhrlaubnis für 15 Baggons bulgarischer Eier die deutsche Lebensmittelversorgung um diesen Betrag geschmälert wurde. Zu der in Frage stehenden Zeit war die Beschaffungsfreiheit Einfuhr von Eiern nach Deutschland noch gestattet. Dagegen bestand damals, wie auch

heute, in Bulgarien ein Ausfuhr-Verbot für Eier. Im Februar dieses Jahres haben wir das ausschließliche Ausfuhrrecht für ein Kontingent von 100 Baggons erhalten. Dieses Kontingent ist von uns voll ausgenutzt worden. Der Einkauf bei keinerlei Schwierigkeiten. Er erfolgte zu den gleichen billigen Preisen, von denen Freiherr von Droisch spricht. Ein Anlaß, ihm zu gestatten, auf Grund der uns erteilten Ausfuhr-Bewilligung Eier einzukaufen und einzuführen, lag nicht vor, da hierdurch lediglich die Preise unnötig getrieben worden wären.

3. Es ist nicht wahr, daß wie Freiherr von Droisch behauptet, der ZEG. ein Antrag vorgelegt hat, für das rote Kreuz 88 000 Zentner bestes doppel raffiniertes bulgarisches Schmalz zum Preise von 2,25 Mark für das Pfund, franko Berlin, freizugeben. Eine derartige Menge dürfte in Bulgarien überhaupt nicht zu beschaffen sein, außerdem kann in Bulgarien kein Schmalz raffiniert werden, da Vorrichtungen hierfür nicht bestehen. Wenn ein Angebot für die Lieferung größerer Mengen von ausfuhrfähigem bulgarischem Schmalz bei uns vorgelegen hätte, so würden wir in Anbetracht der Marktlage dieses Angebotes in jedem Falle eingehend und wohlwollend geprüft haben.

In keinem Falle ist die Ablehnung einer Einfuhr-Erlaubnis mit der Nichterfüllung der Saluto-Verpflichtung begründet worden.

4. Es ist nicht wahr, daß wie Freiherr von Droisch in einem Aufsatz zu seinem Schreiben behauptet, holländische Händler, für die die Firma Doppel & Co. vergeblich eine Einfuhr-Erlaubnis zu erlangen versucht hat, infolge unseres ablehnenden Beschlusses an England verkauft worden seien. Vielmehr ist das gesamte zur Einfuhr nach Deutschland freigegebene Kontingent von der ZEG. ausgenutzt und zur Lieferung an die damals mit großen Schwierigkeiten kämpfenden westdeutschen Städte abgegeben worden. Bei der Ablehnung der Einfuhr-Erlaubnis ist die betreffende Firma darauf aufmerksam gemacht worden, daß sie über die Händler, auch wenn ihr die Einfuhr erlaubt würde, nicht frei verfügen könnte, sondern daß sie verpflichtet sein würde, das Fleisch der Reichsfleischstelle zur Verfügung zu stellen. Es wäre also auch in diesem Falle durchaus nicht sicher gewesen, daß die einzelnen Händler zur Fabrikation der für die Intendantur bestimmten Käse hätten verwendet werden können.

Wir sind jederzeit bereit, und haben in einem Rundschreiben diese Bereitwilligkeit ausdrücklich erklärt, die uns eingehenden Materialien eingehend zu prüfen. Dagegen haben wir bisher davon Abstand genommen, auf solche Annahmen in der Öffentlichkeit zu antworten, die von interessierter Seite oder von Persönlichkeiten ausgehen, die, wie Freiherr von Droisch, sich vergeblich um eine Anstellung bei der ZEG. bemüht haben.

heute, in Bulgarien ein Ausfuhr-Verbot für Eier. Im Februar dieses Jahres haben wir das ausschließliche Ausfuhrrecht für ein Kontingent von 100 Baggons erhalten. Dieses Kontingent ist von uns voll ausgenutzt worden. Der Einkauf bei keinerlei Schwierigkeiten. Er erfolgte zu den gleichen billigen Preisen, von denen Freiherr von Droisch spricht. Ein Anlaß, ihm zu gestatten, auf Grund der uns erteilten Ausfuhr-Bewilligung Eier einzukaufen und einzuführen, lag nicht vor, da hierdurch lediglich die Preise unnötig getrieben worden wären.

3. Es ist nicht wahr, daß wie Freiherr von Droisch behauptet, der ZEG. ein Antrag vorgelegt hat, für das rote Kreuz 88 000 Zentner bestes doppel raffiniertes bulgarisches Schmalz zum Preise von 2,25 Mark für das Pfund, franko Berlin, freizugeben. Eine derartige Menge dürfte in Bulgarien überhaupt nicht zu beschaffen sein, außerdem kann in Bulgarien kein Schmalz raffiniert werden, da Vorrichtungen hierfür nicht bestehen. Wenn ein Angebot für die Lieferung größerer Mengen von ausfuhrfähigem bulgarischem Schmalz bei uns vorgelegen hätte, so würden wir in Anbetracht der Marktlage dieses Angebotes in jedem Falle eingehend und wohlwollend geprüft haben.

In keinem Falle ist die Ablehnung einer Einfuhr-Erlaubnis mit der Nichterfüllung der Saluto-Verpflichtung begründet worden.

4. Es ist nicht wahr, daß wie Freiherr von Droisch in einem Aufsatz zu seinem Schreiben behauptet, holländische Händler, für die die Firma Doppel & Co. vergeblich eine Einfuhr-Erlaubnis zu erlangen versucht hat, infolge unseres ablehnenden Beschlusses an England verkauft worden seien. Vielmehr ist das gesamte zur Einfuhr nach Deutschland freigegebene Kontingent von der ZEG. ausgenutzt und zur Lieferung an die damals mit großen Schwierigkeiten kämpfenden westdeutschen Städte abgegeben worden. Bei der Ablehnung der Einfuhr-Erlaubnis ist die betreffende Firma darauf aufmerksam gemacht worden, daß sie über die Händler, auch wenn ihr die Einfuhr erlaubt würde, nicht frei verfügen könnte, sondern daß sie verpflichtet sein würde, das Fleisch der Reichsfleischstelle zur Verfügung zu stellen. Es wäre also auch in diesem Falle durchaus nicht sicher gewesen, daß die einzelnen Händler zur Fabrikation der für die Intendantur bestimmten Käse hätten verwendet werden können.

Wir sind jederzeit bereit, und haben in einem Rundschreiben diese Bereitwilligkeit ausdrücklich erklärt, die uns eingehenden Materialien eingehend zu prüfen. Dagegen haben wir bisher davon Abstand genommen, auf solche Annahmen in der Öffentlichkeit zu antworten, die von interessierter Seite oder von Persönlichkeiten ausgehen, die, wie Freiherr von Droisch, sich vergeblich um eine Anstellung bei der ZEG. bemüht haben.

Der Steuerstreit im Landtag.

Das preussische Herrenhaus ist gestern einstimmig und debattelos dem Beschlusse seiner Kommission beigetreten: die Zuschläge zu den direkten Steuern nicht nur, wie das Abgeordnetenhaus es will, auf ein Jahr, sondern auf die Zeit, die der Krieg noch dauert, zu bewilligen. Graf v. d. Schulenburg hatte den Kommissionsantrag wie folgt begründet:

„Das Abgeordnetenhaus habe sich zwar in der Sitzung vom 17. Januar auf den Standpunkt gestellt, daß der Landtag die Entscheidung darüber, wie man sich auf dem Gebiete der Besteuerung mit direkten Steuern verhalten solle, in der Hand behalten müsse, da der Reichstag auch sehr große Anforderungen stellen würde und man die Hand auf den direkten Steuern behalten müsse. Dieser Gedanke habe sich, wie die letzte Vergangenheit lehrt, als nicht durchführbar gezeigt. Das Reich habe gerade jetzt, in die direkten Steuern in einer Weise eingegriffen, die dem Landtag außerordentlich unerwünscht war, das Abgeordnetenhaus habe aber trotzdem diese 100 Millionen Zuschläge für das laufende Etatsjahr bewilligen müssen, weil ihm eben nichts anderes übrigbliebe, denn der Staat brauche diesen Betrag und er dürfe ihm nicht vorenthalten werden. Das Abgeordnetenhaus habe die Bewilligung auf ein Jahr ferner damit begründet, daß es in die Zukunft der Staatsregierung dem Reichstage gegenüber sein unbegrenztes Vertrauen setze. Nach Auffassung des Vertriebsstatters dürfe man in der jetzigen ersten und schweren Zeit der Staatsregierung ihre schwierige Aufgabe durch derartige Mißtrauensbekenntnisse möglichst nicht erschweren, vor allem aber müsse man der Staatsregierung die Mittel in die Hand geben, um dem Reichstage gegenüber die gewünschte Festigkeit zu bewahren. Das geeignetste Mittel hierfür sei, wenn man vorweg die Hand auf die betreffenden Steuern lege. Sollte das Abgeordnetenhaus die Verhandlungen nicht verzögern, sondern dem vorliegenden Gesetzentwurf in der Fassung der Regierungsvorlage folgen, so würde es die Bewilligung der Staatsregierung sehr viel leichter gewesen sein, bei den Steuerhandlungen im Reichstage Festigkeit zu bewahren, als es der Fall war, nachdem man dem Reichstage die Vorhand gelassen und hierdurch die Stellung der Staatsregierung nicht unwesentlich erschwert hatte.“

Herrenhäuser wie die Mehrheit des Abgeordnetenhauses sind also gleichsam der Meinung, daß die Einführung direkter Steuern für das Reich nach Möglichkeit befristet werden müsse. Nur über die Mittel sind sie verschiedener Ansicht. Die Mehrheit des Abgeordnetenhauses will ein Verfahren betätigen, das an sich den Sozialdemokraten sympathisch sein muß; daß die Einkommen- und Vermögenssteuer nicht ein für allemal gesetzlich festgelegt und also selbst dann eingezogen werden kann, wenn das Budget vom Parlament abgelehnt wurde, ist auch eine alte Forderung von Parteien, die ein wirklich konstitutionelles Regiment erringen wollen. Prinzipiell wäre das Verfahren der Abgeordnetenmehrheit eine ganz kleine Annäherung an die Quotifizierung der Steuer, das heißt an die jährliche Neubewilligung in einer Höhe, die dem Parlament gut erscheint. Das Prinzip würde aber einem Parlament, in dem der Geldsack regiert, nur dazu dienen, die Regierung kapitalistischen und reaktionären Horden dienstbar zu machen. Erst Wahlreform, dann läßt sich über das Prinzip reden.

Für den Fall, daß das Abgeordnetenhaus nicht nachgibt, hat das Herrenhaus auf den 27. Juni eine Sitzung anberaumt.

Der Schuhmacher-Verbandstag

begann Montag in Stuttgart. In der Eröffnungsrede betonte Verbandsvorsitzender Simon (Münster), der Verband habe reichlich überlegt, ob ein Verbandstag einberufen werden sollte. Er habe sich für die Abhaltung entschieden, weil niemand wisse, wann der Krieg zu Ende sein werde und wie sich die Situation nachher gestalten werde. Es sei notwendig, zu Fragen Stellung zu nehmen, die vor Beendigung des Krieges entschieden werden müßten. Dann gab Simon Ergänzungen zu dem von uns bereits besprochenen gedruckten Bericht. Die Außerkämpfung der Unterhaltungsanstalten — außer der Arbeitslosenunterstützung — bei Beginn des Krieges sei im Interesse des Verbandes notwendig gewesen; das Statut wäre ja nur für den Frieden gemacht. Die Einberufung eines Verbandstages für die Beschäftigten sei damals nicht möglich gewesen. Simon unterhalte dann die Gründe für den Mitgliederrückgang, die bereits im Vorbericht erwähnt wurden.

Den Vorschlag unterstützte König (Münster). Die Einnahmen des Hauptkassas betrugen in der Berichtszeit (1914/15) 1 500 843 Mark, die Ausgaben 723 040 Mark, das Vermögen des Verbandes am Schluß der Periode 887 794 Mark gegenüber 802 300 Mark Ende 1914. An Beiträgen sind bei der Hauptkassa und den Bezirksstellen 1 281 713 Mark eingegangen.

Von den zu diesen Berichten vorliegenden Anträgen fand ein Antrag, den weiblichen Mitgliedern die Gewerkschaftliche Frauen-Zeitung zu liefern, nicht die genügende Unterstützung.

In der Diskussion übte ein Stuttgarter Delegierter Kritik an den Beschlüssen der Generalkommission des Verbandstages, die zur Einigung der Arbeiterschaft auffordern. Wenn die Arbeiterschaft, hätte die Einheit auch keinen Wert. Die Gewerkschaften dürften nicht als Schutztruppen für die Fraktionsmehrheit auftreten. Die Haltung des Hauptkassas in den Parteifragen demgegenüber mehrere Redner. Diese siehe nicht im Einklang mit den Beschlüssen der Stuttgarter Konferenz, wonach die Parteifragen aus den Gewerkschaften ferngehalten werden sollten. Die Resolution solle sich etwas Mäßigung auferlegen. Redakteur Bad behauptete das Gegenteil, seine persönliche Ansicht zu den Parteifragen zu propagieren. Von anderer Seite wurde dagegen Betreibung mit der Haltung des Hauptkassas ausgedrückt, das im sozialistischen Sinne rebiert werde.

Nach den Schlussworten fand eine Entschließung Annahme, die ausdrückt, daß die Löhne in der deutschen Schuhindustrie in keinem Verhältnis zu den unbedingt notwendigen Lebensbedürfnissen der Arbeiter stehen. Da nicht anzunehmen sei, daß nach dem Kriege die Lebensmittelpreise auch nur annähernd auf den alten Stand zurückgehen werden, wird von dem Vorstand erwartet, daß er sofort nach Beendigung des Krieges mit dem Unternehmerverband Verhandlungen zwecks Durchführung einer Lohnerhöhung führe.

Vorstand und Ausschuss wurden einstimmig Entlastung erteilt.

Am zweiten Verhandlungstag sprach Reichstagsabgeordneter Simon über den Ledermarkt. Der Mangel gehe zurück bis auf ein halbes Jahr nach Ausbruch des Krieges. Er sei verursacht durch die Beschlagnahme des Leders durch die Militärverwaltung und durch Vernichtung des freigegebenen Leders durch die Spekulationen. Dazu kommt der Mangel an Einfuhr und der Rückgang des Hautankaufes in Verbindung mit Verringerung der Qualität. Da in den nächsten Monaten wenig Vieh geschlachtet werden soll, wird im Herbst eine noch größere Knappheit eintreten. Mit dem Ledermarkt war ein steiler Steigen der Preise verbunden. Der Schuhmacherverband verlangte die Festlegung von Höchstpreisen, die aber von der Regierung mit der Begründung der Undurchführbarkeit abgelehnt wurde. Die Schweiz setzte im März 1915 Höchstpreise fest, die um ungefähr 50 bis 60 Prozent über dem Friedenspreis standen. Im dieselbe Zeit war der Lederpreis in Deutschland um 150 bis 300 Prozent gestiegen. Die Lederfabriken in Deutschland erzielen dabei ungeheure Profite. Im Juli 1915, nach elfmonatlicher Kriegsbauer, entschloß sich die Regierung endlich „Höchstpreise“ festzusetzen und eine Kontrollstelle für freigegebenes Leder zu errichten. Im Dezember traten schließlich an Stelle der Höchstpreise Höchstpreise. — Der immer größer werdende Leder-mangel nötigt zur Betriebsbeschränkung. Die Fabrikanten beschließen, die Arbeitszeit auf 40 Stunden die Woche herabzusetzen. Der Ausfall an Verdienst, den dadurch die Arbeiter haben, soll durch eine vom Reich, Bundesstaat (je ein Drittel des ausgefallenen Lohnes), Gemeinde und Arbeitgeber (je ein Sechstel) zu gewöhnliche Entschädigung ausgeglichen werden. Eine erlassene Bundesratsverordnung sieht die allgemeine Arbeitsbeschränkung auf 40 Stunden vor und überträgt der Lederkontrollstelle die Regelung der Entschädigung für den unter-schuldeten Lohnausfall der Arbeiter.

In seinen weiteren Ausführungen zeigte der Referent an Hand eines reichen Materials, welche enorme Gewinne die Unternehmer in der Lederbranche während des Krieges erzielt haben. Er legte eine Resolution vor, nach der es der Verbandstag als Pflicht des Reiches, der Bundesstaaten und der Fabrikanten erachtet, die in ihrem Verdienst stark geschädigten Arbeiter und Arbeiterinnen der Schuhindustrie und des Schuhmachergewerbes ausreichend zu unterstützen. Von den Regierungen wird ferner erwartet, daß sie alles tun werden, um die Gemeinden zu veranlassen, die Unterhaltungs-einrichtungen sofort vorzunehmen und eine ausreichende, den gesteigerten Lebensbedürfnissen entsprechende Unterstützung zu gewähren.

Nach einer kurzen Aussprache fand die Entschließung einstimmige Annahme.

Es schloß sich an eine noch nicht beendete Aussprache über Krieg und Gewerkschaften; wir werden morgen darauf berichten.

Nachklänge des norwegischen Generalstreiks.

Aus Kristiania berichtet die IK.: Der Beschluß des Gewerkschaftskongresses auf Beendigung des Streiks, wurde mit 197 Stimmen gegen 45 gefaßt. Die Minderheit stimmte einem Antrag Traumaels (Führer der syndikalistischen Richtung) zu, wonach der Generalstreik zwar eingestellt werden sollte, aber die Arbeitsentstellungen, die vor der Proklamierung des großen Streiks bereits im Gange waren, sollten trotz des Gesetzes weiter geführt werden. Die 45 forderten also Fortsetzung des Kampfes, nicht nur in der Gruben- und Eisenindustrie, sondern auch in den großen Stickstoffwerken, sodaß im ganzen rund 27 000 Mann ausständig geblieben wären.

Die radikale Opposition, die in dieser Frage eine entscheidende Niederlage erlitt, konnte aber in Sachen der Wahl eines Arbeitervertreters zum Schiedsgericht für ihren Vorschlag die Mehrheit gewinnen, wonach die Arbeiter auf das Recht, einen Delegierten zu wählen, verzichteten. Mit dieser ablehnenden Haltung soll zum Ausdruck gebracht werden, daß die Arbeiter auch den Schein, als ob sie die Prinzipien des Schiedsgerichtsgesetzes gutheißen anerkennen, wenngleich sie sich dem bereits angenommenen Gesetze fügen.

Indessen hat die Regierung den früheren Sekretär bei der Landeszentrale, Overre Nørven, zum Vertreter der Arbeiter im Schiedsgericht aussersehen. Die Verhandlungen des Gerichts, die öffentlich sind, haben bereits begonnen. Eine Entscheidung ist aber in der nächsten Zeit nicht zu erwarten.

Das Hauptorgan der norwegischen Syndikalist, „Da Tid“ in Trondheim, ist mit den Beschlüssen des Kongresses sehr unzufrieden und behauptet, daß der Kampf gegen das Gesetz fortgeführt werden wird, wenn nicht durch einen Streik, dann mit anderen Mitteln. Es wird sogar unumwunden darauf hingedeutet, daß diese Mittel Sabotage und andere Maßnahmen seien, die von den Syndikalist als „direkte Aktion“ bezeichnet werden.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Das Schöffengericht Kaiserslautern hat den Wilschändler Jakob Kron, der längere Zeit Rundenmilch mit 80 Prozent Wasser vermischt, zu sechs Monaten Gefängnis und 1500 Mark Geldstrafe verurteilt.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Lugano: In Padua sind wüste Böseckrawalle gegen Damen der besten Gesellschaft vorgekommen, die beschuldigt werden, im Auftrag der Kaiserlicher vergiftetes Konfekt unter die Kinder verteilt zu haben. Mehrere Damen wurden schwer mißhandelt und konnten nur mit äußerster Mühe der Lynchjustia entzogen werden.

Agenten Hobos meldet: In Vord einer mit Mineralöl beladenen Barke, welche im Hafen von Madrague verankert war, brach Feuer aus. Der Wächter verbrannte. Das auf dem Wasser weiter brennende Öl setzte andere Barcken und beladene Leichter, sowie Werke am Rande der Uferstrasse in Brand. Truppen und Feuerwehr hielten das Feuer in Schranken. Heute morgen war die Gefahr abgemeldet. Die Schäden umfassen den Verlust von einem Futtervorrat des Viehmarktes, 8000 Häfen Petroleum und Alkohol, 12 000 leeren Fässern und einigen Hundert Booten verschiedener Art.

Das Heutische Bureau läßt sich aus Washington melden: Die Antiriotnote an Mexiko weist dessen Forderungen gütig zurück und tadelt den unhöflichen Ton und die Heftigkeit der mexikanischen Mitteilung.

Verordnung über die Regelung des Fleischverbrauchs in Wiesbaden.

Auf Grund der Bundesratsverordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September/4. November 1915 und der Bundesratsverordnung, betreffend die Fleischversorgung vom 27. März 1916, wird nach Anhörung der Preisprüfungsstelle und mit Zustimmung der zuständigen Behörde folgendes verordnet:

1.

Fleisch im Sinne dieser Verordnung ist frisches Fleisch und Geflügel von Rindvieh, Kalbern, Schafen und Schweinen, ferner alle aus diesem Fleisch hergestellten Fleisch- und Fleischwaren. Ausgenommen sind: Ochsenfleisch, Kopf von Kalbern und Schafen, Hühner von Kalbern und Schweinen, Knochen (soweit sie nicht als Beilage gegeben werden) und Fleischreste; ferner das Fleisch von Wild, Geflügel, Kaninchen und Fische.

Der Verordnung unterliegt das durch Schlachtung hiesigen und von außerhalb eingeführten Viehes gewonnene Fleisch und alles von außerhalb eingeführte frische Fleisch. Nicht betroffen von dieser Verordnung sind alle bei ihrem Anfratzen in Wiesbaden befindlichen und alle später von außerhalb eingeführten Dauerwaren und Fleischwaren.

2. Verteilungsmassstab.

Die Verbrauchsmenge wird gleichmäßig für jede Person ohne Unterschied festgesetzt. Bei besonderen Erkrankungen, die einen größeren Fleischverbrauch unbedingt notwendig machen, kann der Magistrat nach Anhörung des von ihm bestimmten Vertrauensorgans von der durchschnittlichen Menge abweichen. Den sich längere Zeit in hiesigen Hotels usw. aufhaltenden Ausländern (Kurspflichtigen oder von der Kurzeit befreiten Personen) kann der Magistrat eine den allgemeinen Durchschnitt übersteigende Fleischmenge zuweisen. Diese muß sich nach der jeweils zur Verfügung stehenden Gesamtmenge richten und darf höchstens 600 Gramm frisches Fleisch (im Sinne dieser Verordnung) für die Person und Woche betragen. Für nicht kurspflichtige, in Gasthöfen usw. vorübergehend wohnende Fremde (Passanten) darf die Höchstmenge für die Person und Woche 375 Gramm frisches Fleisch nicht übersteigen.

3. Verteilungsverfahren.

Vom 21. Juni d. J. ab darf von Reggern Fleisch nur noch abgegeben werden:

- a) an Einzelverbraucher (Haushaltungen) gegen Bezugskarten;
- b) an Hotels, Wirtschaften, Gasthöfe, Fremdenheime, Anstalten usw. gegen Bezugscheine.

Die Bezugsarten (Fleischsorten), welche auf Grund der Brotausweisskarte abgegeben werden, sind in einzelne, auf 25 Gramm lautende Abschnitte eingeteilt. Je nach der zur Verfügung stehenden Gesamtmenge bestimmt der Magistrat, wieviele dieser Abschnitte in jeder Woche in Kraft treten.

Die Abschnitte sind nur zum Einkauf gültig, solange sie mit der Hauptkarte noch fest verbunden sind. Lose Abschnitte sind überhaupt ungültig; im übrigen verfallen die Abschnitte nach Ablauf der jeweils vom Magistrat festgesetzten Gültigkeitsdauer.

Die Bezugscheine für Hotels usw. laufen auf eine Woche und verfallen nach Ablauf derselben.

Die angegebenen Gewichtsmengen beziehen sich auf Fleisch mit der nach der Höchstpreisverordnung vom heutigen Tage zulässigen Knochenbeilage, sowie auf Fleisch- und Fleischwaren. Bei schieres (knochenfreies) Fleisch, Junge, Kalbleber, Kalbsmilch oder Schmalz erhält, hat nur Anspruch auf vier Fünftel der festgesetzten Menge.

Verlorene Fleischkarten und Bezugscheine werden unter keinen Umständen ersetzt.

4. Bezugsregelung für die Verbraucher.

Die Fleischkarten und Bezugscheine berechtigen nur zum Einkauf in demjenigen Geschäft, auf welches sie lauten. Der Magistrat kann bestimmen, daß die Verbraucher abwechselnd nur an bestimmten Tagen und in bestimmter Reihenfolge zum Einkauf zugelassen werden, und daß die Bezugsberechtigung erlischt, wenn das Fleisch nicht bis zu einer bestimmten Zeit abgeholt ist. Ausgenommen von diesen Einkaufsbeschränkungen sind alle von auswärts eingeführten Dauerwaren, welche — soweit vorhanden — ohne Karte in jedem einschlägigen Geschäft während der allgemeinen üblichen Verkaufszeit eingekauft werden dürfen; ferner Wild, Kaninchen, Geflügel und Fische.

Die Fleischkarten und Bezugscheine geben kein Anrecht auf den Bezug bestimmter Fleischsorten, Fleischwaren und Fleischstücke. Fleisch kann nur in soweit bezogen werden, als den Reggern die entsprechende Fleischmenge von dem Fleischamt zugewiesen worden ist. Verbraucher, welche frisches Fleisch im Sinne dieser Verordnung von außerhalb erhalten, oder Fleisch aus eigener Schlachtung gewinnen (Selbstversorger), haben die Menge binnen 3 Tagen unter Vorlage der etwa in ihrem Besitze befindlichen Fleischkarten und Bezugscheine zwecks Anrechnung bei dem städt. Lebensmittelverteilungsamt anzumelden.

5. Bezugs- und Verkaufsregelung für Verkäufer.

Die Verkäufer von frischem Fleisch erhalten die auf sie entfallende Fleischmenge von dem städt. Fleischamt zugewiesen. Die Bestimmung der Fleischsorten, ob Rind-, Kalb-, Schaf- oder Schweinefleisch, Fleisch von inländischem oder ausländischem Vieh, frisches Fleisch oder Geflügelfleisch, bleibt dem städt. Fleischamt vorbehalten.

Die Verkäufer dürfen frisches Fleisch — auch an ihren eigenen Haushalt — nur gegen Fleischkarte oder Bezugschein abgeben. Sie sind verpflichtet, die ihnen zugewiesenen Kunden zu versorgen.

Bei Abgabe von Fleisch gegen Fleischkarten müssen die Verkäufer die entsprechende Anzahl von Kartenabschnitten einheften, bei Abgabe gegen Bezugscheine die gelieferte Menge in diese Scheine und gleichzeitig in eine von ihnen zu führende Fleischverkaufsliste eintragen. Bei jedem neuen Fleischbezug müssen die Regger die bei ihnen abgegebenen Fleischkarten und die Fleischverkaufsliste zwecks Nachprüfung abliefern. Hierbei werden für die beim Ausführen entstandenen Gewichtsverluste bis zu 12 v. Hundert gutgerechnet. Im übrigen bleiben für den Abrechnungsverkehr besondere Bestimmungen vorbehalten, ebenso über den Fleischverkauf und das Offenhalten der Läden.

Alle dieser Verordnung unterliegenden Waren dürfen auch auf Bestellung ins Haus gebracht werden.

Verkäufer, welche zum Zwecke des gewerblichen Verkaufes frisches Fleisch von außerhalb erhalten, haben die Menge und den dafür bezahlten Preis binnen 3 Tagen bei dem städt. Fleischamt schriftlich anzumelden.

6. Verkaufsregelung für Wirtschaften usw.

Aus frischem Fleisch hergestellte Fleischgerichte dürfen nach dem 21. Juni 1916 in Wirtschaften usw. abgegeben werden:

- a) an Einwohner nur gegen Abschnitte der allgemeinen Fleischkarte;
- b) an Fremde, die in Wiesbaden in Hotels usw. wohnen und außer dem Hause essen wollen, nur gegen Tagesfleischkarten;
- c) an durchreisende Fremde, die in Wiesbaden nicht übernachten, ohne Vorlage von Karten, nach den besonderen Vorschriften des Magistrats.

Die Wirtschaften dürfen an jeden Gast während einer Mahlzeit nur ein Fleischgericht verabreichen. Die für jedes Fleischgericht zu verwendende Fleischmenge wird einheitlich auf 75 Gramm (in rohem Zustande einschließlich Knochen) festgesetzt.

Die Tagesfleischkarten berechtigen zur Abgabe je eines Fleischgerichts. Sie werden vom Magistrat an die Inhaber von Hotels usw. verabfolgt, die sie einzeln an die bei ihnen wohnenden Fremden auf deren Antrag weitergeben. Jedem Fremden darf nicht mehr als eine Tagesfleischkarte für jeden Fleischtag ausgehändigt werden. Die Karte ist nur für den Abgabetag gültig und muß zu diesem Zweck von dem Hotel- usw. Inhaber mit Datum und Firmenstempel versehen werden.

Den Besitzern von Hotels usw. werden die ausgegebenen Tageskarten bei der Erteilung des Fleischbezugscheines für die jeweils folgende Woche angerechnet.

Bei der Verabreichung von Fleischgerichten ohne Fleischkarte an durchreisende Fremde müssen die Wirte sich die Abgabe in einer besonderen Verkaufsliste bescheinigen lassen.

Ueber die Anrechnung der in den Städt. Volksküchen zur Ausgabe gelangenden Fleischgerichte auf die Fleischkarte werden durch den Magistrat besondere Bestimmungen getroffen.

7.

In allen Zweifelsfällen kann der zuständige Magistratsbezugent selbständig entscheiden.

8. Besondere Bestimmungen.

Der Magistrat erläßt alle zur Ausführung dieser Verordnung erforderlichen Bestimmungen.

9. Strafbestimmungen.

Wer den vorstehenden Anordnungen und den hierzu zu erlassenden Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

10. Inkrafttreten.

Die Verordnung tritt mit dem 21. Juni 1916 in Kraft.

Wiesbaden, den 9. Juni 1916.

SB 1299

Der Magistrat.

Ausführungsbestimmungen.

1. Das Inkrafttreten der vorstehenden Verordnung wird auf den 21. Juni verschoben.

2. Die Fleischbezugscheine für Hotels, Anstalten usw. werden erstmalig am

Freitag den 23. Juni, Rathaus Zimmer 38

während der Vormittagsdienststunden ausgegeben.

3. Für die Zeit bis zum 27. Juni einschließlich sind die Abschnitte 1—8 der Fleischkarte zum Einkauf gültig. Sie berechtigen den Inhaber zum Einkauf von 200 Gramm Fleisch (mit Knochen) in der auf der Fleischkarte angegebenen Reggerei.

Das Abtrennen der Kartenabschnitte darf nur von den Verkäufern vorgenommen werden. Lose Abschnitte sind ungültig.

Der Fleischverkauf kann in der ersten Verkaufswoche nur an einem Tage stattfinden und zwar an die Inhaber von Bezugscheinen am

Samstag den 24. Juni, vormittags 7—8 Uhr.

Die Inhaber von Fleischkarten werden wie folgt zum Einkauf zugelassen:

Samstag den 24. Juni,

vormittags 8—11 Uhr, Haushaltungen mit Anfangsbuchstaben A—F, vormittags 11—1 Uhr, Haushaltungen mit Anfangsbuchstaben G—L, nachmittags 2—5 Uhr, Haushaltungen mit Anfangsbuchstaben M—R, nachmittags 5—8 Uhr, Haushaltungen mit Anfangsbuchstaben S—Z.

Sonntag den 25. Juni,

vormittags 7—9 Uhr, alle Haushaltungen, die tags zuvor kein Fleisch bezogen haben.

Am 26. Juni von 9 Uhr ab, ist die Bezugsberechtigung der Kartenabschnitte 1—8 erloschen. Die Regger dürfen alsdann über etwa noch vorhandene Fleischmengen frei verfügen.

Die Reggerei A. Baum, Ellenbogengasse, gibt rituell geschlachtetes Fleisch am 22. Juni während der geschäftlichen Verkaufszeit, gegen Fleischkarten, an die ihr zugewiesenen Kunden ab.

Für den Verkauf in den folgenden Wochen ergeben noch besondere Bekanntmachungen.

Wiesbaden, den 20. Juni 1916.

Der Magistrat.

Bekanntmachung. Ausgabe von neuen Kartoffelmarken.

Neue Kartoffelmarken für 8 Wochen — und zwar für die Zeit vom 26. Juni bis 24. August d. J. — werden gegen Vorlage der Brotausweisskarte abgegeben am Freitag den 23. Juni für bezugsberechtigte Haushaltungen mit Namen Anfangsbuchstaben A—L; Samstag den 24. Juni für bezugsberechtigte Haushaltungen mit Anfangsbuchstaben M—Z in dem oberen Saal der Turnhalle, Schulbacher Straße 8, während der Geschäftsstunden von 8¹/₂—12¹/₂ Uhr und von 3—6 Uhr.

Bezugsberechtigt sind nur solche Haushaltungen, die schon einmal Kartoffelmarken bezogen haben. Haushaltungen mit einem Einkommen unter 3000 Mark erhalten gelbe, und solche mit einem Einkommen von über 3000 Mark erhalten braune Kartoffelmarken.

Haushaltungen, die noch keine Kartoffelmarken bezogen haben, erhalten solche erst dann, wenn ihre Vorräte nachweislich aufgebraucht sind, und zwar in dem unteren Saal der Turnhalle, Schulbacher Straße 8, an allen Wochentagen in der Zeit von 8¹/₂—12¹/₂ Uhr und von 3—6 Uhr, ausschließlich Dienstag und Freitag nachmittag.

Wiesbaden, den 21. Juni 1916.

SB 1297

Der Magistrat.

Gewerkschaftshaus Wiesbaden

Wellritzstr. 49. (Zentralherberge) Wellritzstr. 49.

Billige Speisen und Getränke.

Kegelbahn und angenehme Aufenthaltsräume.

Galt sich allen Freunden sowie auswärtigen Gewerkschaften und Vereinen bei Ausflügen bestens empfohlen.

01090

Wir halten vorrätig:

Für die Wanderzeit! Touristen- (Markierungs-) Karten Reiseführer — Radfahrerkarten

von Taunus, Eifel, Oberrhein, Rhön, Westerwald, Vogelsberg, Rhein, Schwarzwald, Pfälzerwald, Stadtwald und andere mehr.

Buchhandlung Volksstimme

Frankfurt a. M.

Gr. Kirchgraben 17

Verordnung betr. Höchstpreise für Rind-, Kalb-, Schaf- und Schweinefleisch.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats vom 27. März 1916 (R.-G.-Bl. S. 199), betr. die Fleischversorgung, in Verbindung mit den Vorschriften der Bundesratsverordnung vom 25. September/4. November 1915 (R.-G.-Bl. S. 607 und 728) betr. die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung, werden folgende Kleinhandels-Höchstpreise festgesetzt:

§ 1.

1. Rindfleisch.

	Für 1 Pfund
Suppen- und Bratfleisch mit 25 Prozent Knochenbeilage	2.20
Leber- und Rostbraten mit 33 1/2 Prozent Knochenbeilage	2.40
Junge (an der Jungenbeinung quer abgetrennt, ohne Knochenbeilage)	3.80
Ochsenfleisch	1.50
Knochen	0.50

2. Kalbfleisch.

Hals und Brust mit 10 Prozent Beilage	2.20
Keule und Rücken mit eingewachsenen Knochen ohne weitere Beilage	2.50
Sonstiges Kalbfleisch mit 33 1/2 Prozent Beilage einschließlich der eingewachsenen Knochen	2.40
Leber und Milz (ohne Knochenbeilage)	2.80
Lungen und Herz (ohne Knochenbeilage)	1.50
Kalbshülse	0.40
Kalbskopf je nach Größe	4.50 bis 6.—

3. Schafffleisch.

Hals und Brust mit eingewachsenen Knochen	2.20
Bug- und Kammstück mit eingewachsenen Knochen	2.20
Keule und Rücken mit eingewachsenen Knochen	3.—
Lunge und Herz (ohne Knochenbeilage)	1.—

4. Schweinefleisch.

Frisches Schweinefleisch mit eingewachsenen Knochen	1.00
Frisches ausgebeint Schweinefleisch mit 20 Prozent Knochenbeilage	1.00
Geschnittene Koteletts	2.40
Leber und Rücken (ohne Knochenbeilage)	2.50
Hülse	0.40
Frisches Fett	2.20
Ausgeschliffenes Fett	2.60
Burzfett	1.50
Gefalgene Fleisch, Zuschlag zum frischen Fleisch	0.30

5. Wurst.

Flut- und Leberwurst	1.80
Fleischwurst	2.20
Schmalzwurst	2.20
Bratwurst	2.20

§ 2.

Bei allen Knochenbeilagen sind die eingewachsenen Knochen in der zulässigen Knochenmenge einbezogen.

§ 3.

Rindfleisch im Sinne der Festsetzung ist Fleisch von Ochsen, Kühen und Kälbern, Schafffleisch das Fleisch von Schafen und Hammeln. Als Kleinhandel ist anzusehen jede Abgabe an Verbraucher (Privat-Haushaltungen, Hotels, Anstalten usw.)

§ 4.

Bei Schweinen sind zwei Drittel des Schlachtgewichts in frischem Zustande zu verkaufen. Ein Drittel ist zu Wurst zu verarbeiten, und zwar insbesondere die Vorderextremitäten, Seitenextremitäten, Lappchen, Rindböden und das Gewebe. Andere Wurstarten als die in § 1 Biffer 6 angegebenen dürfen nicht hergestellt werden. Das Räuchern von Schweinefleisch ist nicht gestattet; gefalgene dürfen nur diejenigen Mengen werden, welche bei frischem Verkauf nicht gleich Absatz finden.

§ 5.

Vorstehende Höchstpreisfestsetzung bezieht sich nicht auf Fleisch ausländischer Herkunft und auf Gefrierfleisch; ferner nicht auf von auswärts eingeführte Dauerware und Konserven.

Die Preisprüfungsstelle wird ermächtigt, für frisches Fleisch ausländischer Herkunft und für Gefrierfleisch besondere Preise festzusetzen.

Für von auswärts nach Wiesbaden eingeführte Dauerwaren und Konserven gelten folgende Bestimmungen: Die eingeführte Ware ist dem Fleischamt während der üblichen Dienststunden auf dem Schlachthof, bevor die Ware zum Verkauf gestellt wird, vorzuführen, wo sie unter amtlicher Kontrolle durch Bombenmarker oder in anderer, vom Fleischamt festzusetzender Weise als Ware, die von auswärts bezogen ist, gekennzeichnet wird. Die Verkäufer sind verpflichtet, diese Kennzeichnung an den eingeführten Stellen bis zum völligen Verkauf derselben zu belassen. Sie sind ferner verpflichtet, der städtischen Preisprüfungsstelle, Marktstraße 1/2, die Menge und den Ertragspreis nachzuweisen, und den in Aussicht genommenen Verkaufspreis anzugeben. Zu dem vom Verkäufer der Preisprüfungsstelle mitgeteilten Verkaufspreis darf die Ware sofort verkauft und der Verkauf fortgesetzt werden, sofern nicht die Preisprüfungsstelle binnen 5 Tagen den Verkaufspreis beanstandet.

Die bereits in Wiesbaden befindlichen, von auswärts bezogenen Dauerwaren und Konserven sind in der Zeit vom 20. Juni bis 24. Juni dem Fleischamt auf dem Schlachthof zwecks Kennzeichnung als von auswärts bezogener Dauerware und Konserven vorzuführen.

Die Anmeldung bei der Preisprüfungsstelle und die Mitteilung des in Aussicht genommenen Verkaufspreises hat gleichzeitig in der Zeit vom 20. Juni bis 24. Juni zu erfolgen.

§ 6.

Die in dieser Verordnung festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes vom 4. August 1914, in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914/21. Januar 1915. Zuwiderhandlungen werden hiernach mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft. Auch kann auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 (R.-G.-Bl. S. 603) betr. Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel, der Handelsbetrieb untersagt oder das Geschäft geschlossen werden.

§ 7.

Die festgesetzten Höchstpreise gelten vom 21. Juni d. J. ab. Im übrigen tritt die Verordnung mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Wiesbaden, den 9. Juni 1916.

SB 1298

Der Magistrat.

Für Schuhmacher!

Militärsohlenscherabfälle
I. Qualität 80 Pfg. per Pfd.
II. Qualität 60 Pfg. per Pfd.
Militär-Kernstücke jedes Stück ein
Oberleder, 2.40 M. p. Pfd., ganz große
Kaltlederabfälle 2 M. p. Pfd.,
Kaltleder 30 u. 60 Pfg. per Pfd.

Hartmann, Wiesbaden, R. 42

Die Internationalität und der Krieg.

Von Karl Kraus.
Zusammenfassung aus der „Neuen Zeit“
mit einem Vorwort.
Preis 20 Pfennig.

Buchhandlung Volksstimme